

La Bosnie-Herzégovine Enjeux de la transition

Paris: L'Harmattan 2003, 159 Seiten

Rezensentin: Tanja Wagensohn

□ Ein spezifisches Dilemma der Gleichzeitigkeit ist es, das Bosnien und Herzegowina auch acht Jahre nach dem Krieg weitgehend lähmt: der Übergang vom Krieg zum Frieden, vom Plan zum Markt, vom Hilfeempfänger zum souveränen Staat. Geographisch nah, wissenstechnisch aber weit entfernt ist vielen Europäern das kleine Land im Südosten des Kontinents, dessen komplexe Situation der Sammelband mit sechs Aufsätzen beleuchtet. Es ist ein kenntnisreiches und zugleich pessimistisches Bild Bosniens, das die Herausgeber *Christophe Solioz* und *Svebor André Dizdarevic* zeichnen; und auch die fünf anderen Autoren, die an der Universität Sarajevo lehren oder in dortigen NGOs tätig sind, geben wenig Anlass, optimistisch zu sein. Die Abhängigkeit Bosniens von der internationalen Gemeinschaft gehört aus der Sicht aller Autoren zu den Kardinalproblemen, die eine Normalisierung der Situation im Land verhindern.

Solioz skizziert das Abkommen von Dayton als negativen Frieden mit strukturellen Problemen: die Spaltung des Landes in Republika Srpska und Föderation, die Machtkonzentration auf das Büro des Hohen Repräsentanten (OHR), der Mangel an Rechtsstaatlichkeit und sozialer Gerechtigkeit, wachsende Armut und 40 Prozent Arbeitslosigkeit. Diese Probleme korrelieren mit dem immensen Bevölkerungsverlust des Landes – wer geht, kommt meist nicht wieder. Dies ist bis heute so. Bosnien bietet seinen jungen Menschen keine Perspektiven. Hinzu kommt, dass auch die ehemaligen jugoslawischen Bruderstaaten – mit Ausnahme Sloweniens und zunehmend auch

Kroatiens – noch lange nicht zur Ruhe kommen werden. So quält die meisten Nachbarn Bosniens noch immer das Erbe Titos, sind die meisten noch immer weit davon entfernt, emotionslos in multiethnischen Gemeinschaften zu leben. Bis heute beherrschen Traumata des Kriegs die Bevölkerung. Auch hier tut sich die internationale Gemeinschaft schwer. *Srdjan Dizdarevic* vom Helsinki-Komitee für Menschenrechtsfragen verweist darauf, dass jährlich 3000 Vertreter verschiedener humanitärer Organisationen durch Bosnien und Herzegowina reisen und die UNPROFOR seit 1995 mit 50 000 Mann und einem jährlichen Budget von zwei Milliarden Dollar agiert. Dennoch ist es bislang nicht gelungen, die Flüchtlinge und Vertriebenen wieder in ihrer Heimat anzusiedeln und die Grausamkeiten aufzuarbeiten, geschweige denn die Menschenrechtsverletzungen lückenlos aufzuklären.

Organisierte Kriminalität und mafiöse Clanstrukturen eines wilden Kapitalismus verschärfen das latente Konfliktpotential. Wenn es um den Wandel vom Plan zum Markt geht, hindern Bosnien neben der anhaltenden politischen Instabilität aber auch noch andere Faktoren an Prosperität: ein geteilter, weder in Europa noch der Welt integrierter Markt, fehlende marktwirtschaftliche Mechanismen, Bürokratie und Korruption, mangelnde Rechtssicherheit, die Abhängigkeit von der internationalen Hilfe und schließlich ein eklatanter Mangel an Finanz-, Sozial- und Humankapital. Insbesondere der Mangel an sozialem Kapital, glaubt *Dragojub Stojanov*,

Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Sarajevo, gehört zu den größten Schwächen – er Sorge dafür, dass die Bürger Bosnien und Herzegowina noch immer nicht als ihren Staat betrachten.

Ähnlich argumentiert *Zarko Papic* vom Unabhängigen Büro für Humanitäre Fragen (IBHI). Er attestiert eine lediglich „virtuelle Zivilgesellschaft“, die in der bosnischen Bevölkerung nach wie vor keine Wurzeln geschlagen hat. Aus seiner Sicht ist die Zahl eigenständiger bosnischer NGOs viel zu klein – auch, weil die Gesetzgebung hinsichtlich ihrer Gründung und Handlungsmöglichkeiten lückenhaft ist. Daneben kritisiert er die internationalen Organisationen vor Ort als ineffizient, bürokratisch und dogmatisch: sie konkurrierten untereinander, es fehle die Koordinierung ihres Handelns. Papic fordert einen Strategiewechsel. Den Schutz der Menschenrechte und den Demokratisierungsprozess zu unterstützen, reicht aus seiner Sicht nicht aus. Er empfiehlt, die sozialen Systeme zu rekonstruieren und sich hinsichtlich Gesundheitswesen, Sozialversicherungen oder Rentenwesen zu engagieren. Zugleich ist es für ihn unbedingt notwendig, dass die internationalen

Organisationen lokale Vertreter in die Administrationen holen.

Für unabdingbar halten es auch die anderen Autoren, die lokale Kompetenz und die Bosnier selbst verstärkt in Institutionen einzubinden und sie am Prozess der Erneuerung des Staates zu beteiligen. Nur so ließen sich die politischen Rahmenbedingungen stabilisieren – und die sind auch für die wirtschaftliche Entwicklung unabdingbar. Was dies angeht, wird Bosnien und Herzegowina nicht daran vorbeikommen, mit den Serben, Kroaten und Slowenen wieder ins Geschäft zu kommen. Ein wichtiger Nebeneffekt ist dabei, dass dann auch die Zahl der ausländischen Investoren steigen würde. Doch all das ist weit entfernt. Auch und vor allem, weil ein zentrales Moment das Land im Griff hat – die generelle Apathie seiner Bevölkerung. Damit einher geht eine Außenwahrnehmung des Landes „zwischen Alice im Wunderland und Frankenstein“, wie einer der Herausgeber es im Vorwort beschreibt. Das Ziel, über die aktuelle Situation Bosniens ein wenig aufzuklären und neue Lösungsansätze für die Schwierigkeiten zu entwickeln, haben die Autoren erreicht. Sie umzusetzen, wird schwierig sein.

Ownership Process in Bosnia and Herzegovina Contributions on the International Dimensions of Democratization in the Balkans

Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2003, 143 Seiten (= Demokratie, Sicherheit, Frieden; Bd. 159)

Rezensent: Wulf H. Goretzky

□ Mehr als acht Jahre nach dem Kriegsende in Bosnien und Herzegowina ist weder eine soziale, wirtschaftliche oder demokratische Stabilität eingetreten. Die Ungeduld der internationalen Institutionen, die sich um den Wiederaufbau und die Entwicklung bemüht haben, mit den langsamen Fortschritten, aber auch die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit diesen Institutionen nehmen zu. Neben den Themen Dayton-Friedensvertrag, Stabilität der Region, Annäherung an Europa, Poverty Reduction Strategy ist in Bosnien und Herzegowina die Diskussion um den Begriff „Ownership“ aufgenommen worden. Die von Solioz und Dizdarevic herausgegebene Veröffentlichung ermöglicht einen guten Einblick in die Diskussion, obwohl die meisten Beiträge überarbeitete Versionen von Vorträgen sind, die bereits auf einer öffentlichen Veranstaltung im Juli 2001 in Bosnien und Herzegowina gehalten worden sind. Zusätzlich wurde noch ein Interview mit dem ehemaligen Hohen Repräsentanten (der internationalen Staatengemeinschaft) Wolfgang Petritsch und ein Postscriptum aufgenommen.

Die Herausgeber haben versucht, die verschiedenen Meinungen aufzunehmen. So sind Beiträge von Mitgliedern der „internationalen Gemeinschaft“, Vertreter von lokalen Nichtregierungsorganisationen und anderen zusammengetragen. Die meisten Beiträge befassen sich kritisch mit der Rolle der internationalen Organisationen. Die Kritiker bemängeln nicht ausreichende Koordination

und Effizienz der Organisationen, Aktionismus ohne Einbeziehung lokaler Bevölkerung, staatlicher oder privater Institutionen. Dabei wird oft nicht unterschieden zwischen aus Spenden finanzierten Hilfsorganisationen, bilateralen Programmen zum Wiederaufbau und Zusammenarbeit, multilateralen Hilfsprogrammen und politischen Institutionen, wie z.B. dem Büro des Hohen Repräsentanten (OHR). Die Beiträge in diesem Sammelband beklagen, dass durch die politische Intervention der internationalen Gemeinschaft, die Gesetze initiieren und deren Verabschiedung durchdrücken sowie Politiker, Richter und andere hohe Staatsbeamte entlassen kann, die demokratische Entwicklung im Land behindert wird. Diese Einflussnahmen haben dem Land aber eine einheitliche eigene Währung, Landesflagge und gesamtstaatliche Institutionen gebracht, die sonst zwischen den Partikularinteressen in den Entitäten, der Föderation von Bosnien und Herzegowina und der Republika Sprska, nicht ohne Weiteres entstanden wären.

Die Forderung nach mehr lokaler „Ownership“ ist berechtigt. Aber „Ownership“ ist nicht nur die Übernahme von Entscheidungen sondern auch von Verantwortung und Legitimität. Die Verfasser kommen zu keiner klaren und eindeutigen Aussage, wer denn diese „Ownership“ übernehmen soll. Sind die notwendigen Träger der Verantwortung die (traditionellen) Eliten, z.B. Vertreter der Universitäten oder intellektueller Zirkel, die Vertreter von lokalen NGOs, die Vertreter von politischen Parteien oder die von der

Bevölkerung gewählten (nationalistischen) Politiker? Dabei müssen noch die fünf verschiedenen Verwaltungsebenen mit einem relativ schwachen Gesamtstaat und starken Entitäten, die z.T. eine wesentliche Eigenstaatlichkeit anstreben, berücksichtigt werden.

In seinem ersten Beitrag betont *Christophe Solioz* die Aufgabe der internationalen Gemeinschaft, eine konstruktive Rolle bei der Förderung des Demokratisierungsprozesses zu übernehmen, dabei aber mehr lokale Fähigkeiten und Kenntnisse einzubinden. Die Bürger und Institutionen sollen sich von ihrem Abhängigkeitskomplex und ihrer Opferhaltung emanzipieren, um entschiedener ihre Verantwortung zu übernehmen. In einem weiteren Aufsatz schreibt Solioz, dass nur „Ownership“ als bewusste Übernahme von Verantwortung die treibende Kraft für die Transition und den Staatsbildungsprozess und damit Vorbedingung für eine wiedererlangte Souveränität und eine regionale sowie europäische Integration sein kann.

In dem ausführlichen Interview verweist *Wolfgang Petritsch*, der ehemalige Hohe Repräsentant, darauf, dass die Einbeziehung der Zivilgesellschaft von dieser erfordert, die Rolle des Einzelnen als aktiven Bürger in Staat und Gesellschaft, den politischen Kompromiss als Verhandlungsergebnis und ein System der „Rule of Law“ zu akzeptieren. Petritschs Befürchtung ist aber, dass, wenn alle Reformen durchgeführt worden sind, ein „seelenloser“ Staat – ohne die innere Anteilnahme der Bürger – entstanden sein wird.

Zarko Papic kritisiert in seinem Beitrag besonders stark die Rolle der internationalen Institutionen, die sich für ihre Programme die

falschen lokalen Partner ausgewählt hätten. Er fordert, dass eine demokratische Entwicklung mit einer massiven finanziellen Förderung des sozialen Absicherungssystems einhergehen müsste und bezweifelt die Wirksamkeit einer marktwirtschaftlichen Reform. Ebenfalls verweist er auf negative Erfahrungen in anderen Transformationsländern, ohne auf die positiven Erfahrungen von z.B. Polen, Tschechien u.a. einzugehen, die ihre Annäherungsprozesse mit der Aufnahme in die EU abgeschlossen haben. *Dragoljub Stojanov* führt die schwierige wirtschaftliche Lage in erster Linie auf die verfehlten wirtschaftspolitischen Interventionen der internationalen Institutionen zurück. Er geht davon aus, dass Bosnien und Herzegowina vor dem Krieg ein wirtschaftlich gesundes Land gewesen wären. Nicht die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen ist aus Stojanovs Sicht ein Weg aus der Krise, sondern eine von der internationalen Staatengemeinschaft zu subventionierende Wirtschaftspolitik, die an die Wirtschaftspolitik in Lateinamerika der 1950er Jahre erinnert.

Eine wichtige Erfahrung vermittelt *Vladimir Velebit* für die Zusammenarbeit mit lokalen Institutionen. Überkommenes Führungsverhalten und die wenig ausgeprägte Bereitschaft, das Gemeinwohl (hier die Bedürfnisse mittelloser Kranker) in Entscheidungsfindungen einfließen zu lassen, beeinträchtigten die Realisierung eines Gesundheitsprojekts, das von bosnischer Seite angeregt und für das ausländische Finanzierungsleistungen bereitgestellt worden waren. Schließlich gibt es noch kürzere Beiträge von *Seifudin Tokic*, *Matthias Sonn*, *Rajko Macura*, *Ermin Sinanovic* sowie eine Bibliografie.